

## **Der Nachbar im Westen ist einer aus dem Osten. Ostpreußen gibt es nicht mehr<sup>1</sup>**

Bronislovas Kuzmickas

Jahrhundertlang war Deutschland der westliche Nachbar Litauens. Dazu gehörten seit der Kreuzritterordenszeit Gebiete, in denen Litauer und Preussen lebten. Dieses Kleinlitauen, das auch Preußisch-Litauen, Provinz Litthauen, Klein-Litauen und Litauischer Kreis genannt wurde, ist mit seinen dramatischen historischen Ereignissen im historischen und kulturellen Bewusstsein der Litauer lebendig.

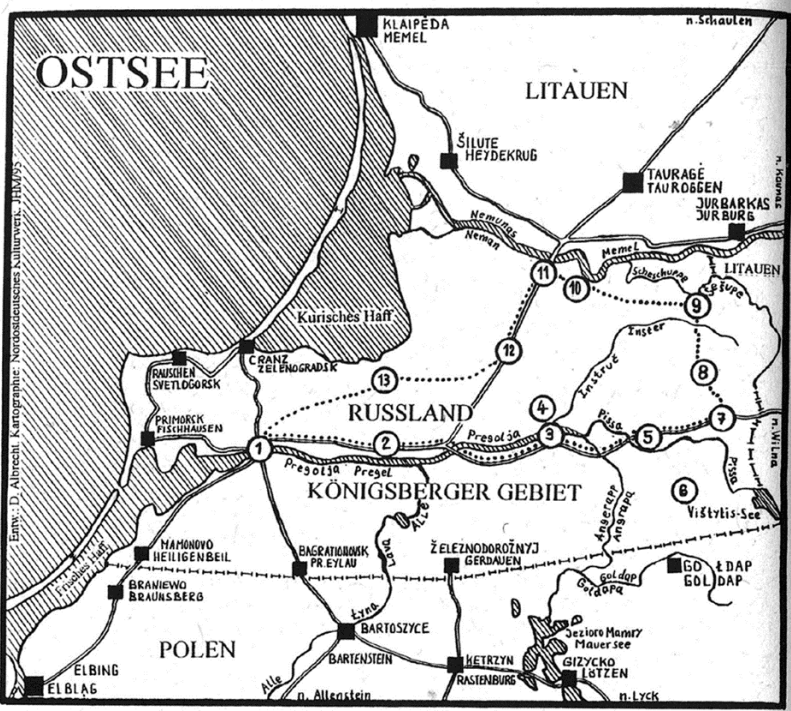
Es genügt, sich nur an all das zu erinnern, was in Klein-Litauen beim Erschaffen des konfessionellen und weltlichen litauischen Schrifttums und bei der Normierung der litauischen Sprache geleistet wurde. Es waren wesentliche Faktoren für die Bildung einer modernen litauischen Identität. Kleinlitauen wurde von Litauern immer als natürlicher Teil Litauens gesehen, nicht im staatlichen, sondern im ethnisch kulturellen Sinne, und seine Bewohner, die "Lietuvininkai"<sup>2</sup>, betrachteten sich als Teil der litauischen Nation. Hinsichtlich der Beziehungen zu Groß-Litauen wurde die Geschichte dieser Gegend als "unvollendet" verstanden, offen für potenziell wesentliche Veränderungen. Für diese Wahrnehmung spricht die Tatsache, dass nach dem Ersten Weltkrieg, den Deutschland verloren hatte, sich 1923 die Möglichkeit ergab, den nörd-

---

<sup>1</sup> Ursprünglich erschienen in „Nepriklausomybės sąsiuviniai“. Nr. 9.2017. H. 1. <https://www.lrt.lt/naujienos/lietuvoje/2/169721/kaimynas-vakaruose-is-rytu-prusijos-nebeliko>

<sup>2</sup> Lietuvininkai: „eine besondere kleinlitauische Mentalität (...). Kulturell fühlte sich der autochthone „Lietuvininkas“ immerhin „als Angehöriger seiner deutschen Umgebung; dieses Verständnis förderten am meisten seine politische Zugehörigkeit [zum preußischen Staat, Anm. A. M.] und der Geist des Protestantismus (...) dennoch betrachteten sich die Kleinlitauer in nationaler Hinsicht als gesonderte Gruppe, zu deren bestimmenden Identifikationssymbolen die litauische Muttersprache und ihre ethnische Kultur wurden“. Algirdas Matulevičius: Zur nationalen Identität der Preussisch-Litauer. In: [www.annaberger-annalen.de/jahrbuch/2001/Annaberg%20Nr.9%20Kap9.pdf](http://www.annaberger-annalen.de/jahrbuch/2001/Annaberg%20Nr.9%20Kap9.pdf). Der Autor zitiert hier Silva Pocytė.

lichen Teil Kleinlitauens, das Memelland, das 700 Jahre unter deutscher Herrschaft war, wiederzuerlangen. Litauen nützte diese günstige Gelegenheit.



Zum Ende des Zweiten Weltkrieges war sowohl die Lage als auch die Zukunft Kleinlitauens, des nördlichen Teils von Ostpreußen, ungewiss. Die Bewohner westlicher Regionen Litauens merkten schnell, dass dieses Land von einer Tragödie heimgesucht wurde. Dies bezeugten Kinder („Wolfskinder“), die in der zweiten Hälfte des Jahres 1945, um sich vor dem Hunger zu retten, in litauischen Ortschaften auftauchten, wie auch ältere Menschen. Wenig später bewegten sich auf den Straßen nach Osten Konvois mit Pferdewagen, vollgepackt mit Möbeln, Küchenutensilien, Kleidung und anderer „Kriegsbeute“. Dies wahrnehmend, war in etwa klar, was auf der Westseite passiert war - den Nachbarn Deutschland gab es nicht mehr, zumindest nicht in der Weise wie bisher (dennoch blieb es noch lange Zeit im Sprachgebrauch der Grenzbewohner,

vor allem in Suwalkija<sup>3</sup>, erhalten). Eine Weile herrschte Unsicherheit, was in diesem Raum sein wird. Wenig später stellte sich heraus, dass Russland dieses Gebiet zu besiedeln begann und so zum Nachbarn Litauens im Westen wurde. Aber nur im geographischen, nicht im staatlichen Sinne, denn Litauen wurde, wie auch das ehemalige Ostpreußen, von der Roten Armee besetzt und umgewandelt, wenn auch mit unterschiedlichem Status, zu Einheiten in der Verwaltung des Sowjetimperiums. Eine Zeitlang gab es keinen litauischen Staat mehr und auch die Frage nach dem westlichen Nachbarn erübrigte sich.

Diese Frage kam erneut ans Tageslicht als sich der politische Horizont im sowjetischen Imperium zu erhellen begann und in Litauen die Sajūdis-Bewegung entstand. 1990 wurde die Unabhängigkeit Litauens wiederhergestellt, einer der Faktoren, die wesentlich zum Zusammenbruch der UdSSR beigetragen haben. Das Imperium brach zusammen, den größten Teil seines Nachlasses übernahm Russland. Und auf einmal befanden wir uns in einem geopolitischen Paradoxon: Die Frage nach der westlichen Grenze Litauens wurde zu einer Frage nach der Grenze zu Russland. Mit vollem Ernst musste erörtert werden: Ist Litauens Sicherheit nicht dadurch gefährdet, dass es, nachdem es sich aus der UdSSR befreit hat und sich so geopolitisch von Russland entfernt hat, von Russland vom Westen her „umgangen“ wird? Werden die Transitstrecken - sowohl die wirtschaftlichen als auch die militärischen - die die russische Enklave mit dem realen Russland verbinden, ein Hindernis für die Etablierung der Unabhängigkeit Litauens und für dessen internationale Anerkennung sein? Was wird aus dem litauischen kulturellen Erbe dieses Landes, welche Möglichkeiten wird Litauen haben, um sich um diese zu kümmern?

---

<sup>3</sup> Im 19. Jahrhundert russisches Gouvernement, dessen Zentrum das heutige Suwalki war. Bis 1795 gehörte die Stadt Suwalki zum Großfürstentum Litauen. Bei der dritten polnischen Teilung kam Suwalki zu Preußen, 1807 zum Herzogtum Warschau, 1815 zum russischen Zarenreich. Ab 1919 gehörte die Stadt und nähere Umgebung von Suwalki zu Polen und nur der von den Litauern besiedelte Teil des ehemaligen Gouvernements wurde ein Teil Litauens.

## Über die Gegenwart und die Vergangenheit

Dies waren die Sorgen der damaligen Gegenwart. Zusammen mit den Sorgen um die Zukunft zogen sie die Aufmerksamkeit der Politiker, Historiker und Publizisten auf sich. In ihren Texten finden sich Unmengen an Informationen über fünfzig Jahre alte Ereignisse – zu sowjetischen Maßnahmen bei der Einnahme Ostpreußens und das tragische Schicksal der örtlichen Bevölkerung.

Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der populären Literatur wird viel über die weit zurückliegende Vergangenheit Klein-Litauens, über den Wandel des kulturellen Umfelds der Lietuvininkai und die Veränderungen des nationalen Bewusstseins geschrieben, dabei betonend, dass es „in Ostpreußen seit Jahrhunderten zwei sich widersprechende Prozesse gab: Eine natürliche und eine erzwungene Assimilation und einen patriotischen kulturellen Widerstand. Letzterer war für die litauische Literatur besonders fruchtbar“. Beleuchtet wurde die am Schnittpunkt zwischen dem 19.-20. Jahrhundert unter deutscher Herrschaft in Erscheinung getretene kleinlitauische Bewegung, analog zur weiter reichenden und weiter fortgeschrittenen nationalen Bewegung Groß-Litauens, das zu Russland gehörte.

Diese Bewegungen wurden damals sowohl vom zaristischen Russland als auch vom kaiserlichen Deutschland unterdrückt. Ebenso wurden sie noch durch die Germanisierung der Litauer auf der einen Seite der Memel geschwächt, wogegen es auf der anderen Seite eine Tendenz zur Polonisierung gab. Ein großer Teil der Kleinlitauer orientierten sich an der deutschen Kultur, waren „fast so gut wie Deutsche“, identifizierten sich mit Deutschland und seinen politischen Strukturen. Dennoch hielten sich viele von ihnen nicht für Deutsche, wollten sich aber auch nicht mit den Großlitauern identifizieren, sie verstanden sich als eigene Art, sie hielten sich für „Hiesige“<sup>4</sup>.

Trotz der Unterschiede in der Selbstwahrnehmung und der ungünstigen Umstände gab es eine lebendige und gemeinsame litauische Identität fördernde Strömung. In Ostpreußen wurde sie von dem am 16. November 1918 in Tilsit gegründeten Preußisch-litauischen Nationalrat, wenig später umbenannt in Kleinlitauischen Nationalrat, repräsentiert. In dem vom Kleinlitauischen Nationalrat verfassten „Aufruf an die Lietu-

---

<sup>4</sup> Im Original „Šišioniškiai“.

vininkai“ wird betont: „Dort, wo Labguva (Labiau), Vėluva (Wehlau), Įsrutis (Insterburg), Darkiemis (Darkehmen) und Goldapė (Goldap) ist, sind alles litauische Gebiete.“

Ein besonders wichtiger Entschluss des Rates war der am 30. November 1918 verabschiedete „Akt des Kleinlitauischen Nationalrates“, bekannt als Erklärung von Tilsit. Darin wird, gestützt auf das vom US-Präsidenten Woodrow Wilson erklärte Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Anschluss von Kleinlitauen an Großlitauen gefordert. Der Kleinlitauische Nationalrat setzte sich aus über 50 Personen aus verschiedenen Ortsteilen des Landes zusammen, so dass der von den Vertretern unterzeichnete Akt von Tilsit den Wunsch der lokalen Bevölkerung ausdrückte, wenn auch nur den eines kleinen Teils. Einige seiner Unterzeichner, wie auch andere aktivere Lietuvininkai, hatten später unter den Nazis zu leiden.



**Mažosios Lietuvos Tautinės Tarybos  
AKTAS**

**A**tsiūvelgdami į tai, kad viskas, kas yra, turi teisę gyvuoti, ir į tai, kad mes Lietuviai čionai Prūsų Lietuvoj gyvenantieji sudarome šio krašto gyventojų daugumą, reikalaujame mes, remdamiesi ant Vilsono Tautų paties apsisprendimo teisės, priklaudimą **Mažosios Lietuvos** prie **Didžiosios Lietuvos**. Visi savo parašu šią pareiškimą priiman tieji pasilada, visas savo iėgas už įvykdinimą minėtojo siekio pašvėsti.

1926 m. lapkričio 30 d. 1918 m.

**Prūsų Lietuvos Tautinė Taryba.**

<i>Jonas Klugaitis</i>	<i>V. N. 1926 Jūšelis</i>	<i>Martin Jurek</i>
<i>Michailo Jeliskijs</i>	<i>Smalchov</i>	<i>Konst. Pleva</i>
<i>M. Ivan. Bannacka</i>	<i>Michailo Jurek</i>	<i>J. J. Jurek</i>
<i>Andrius Bapulis</i>	<i>Michailo Jurek</i>	<i>Jurgis Jurek</i>
<i>Jonas Schacht</i>	<i>J. Jurek</i>	<i>Jonas Jurek</i>
<i>J. J. Jurek</i>	<i>J. Jurek</i>	<i>M. Jurek</i>
<i>Michailo Jurek</i>	<i>J. Jurek</i>	<i>N. Jurek</i>
<i>Zakob Jurek</i>	<i>J. Jurek</i>	<i>Jurgis Jurek</i>

Man muss unterstreichen, dass die Erklärung von Tilsit keinesfalls "wertloses Papier" war, wie jetzt mancher sagt, denn einige Unterzeichner waren später die Initiatoren des sogenannten Memelländischen Aufstandes von 1923, der zum Teil als Umsetzung der Erklärung betrachtet werden kann. Auf diesen Akt, wie auch auf die am 19. Januar 1923 verabschiedete Deklaration des Litauischen Seimas von Šilutė / Heydekrug stützte man sich, um den Anschluss des Memellandes an die Republik Litauen zu rechtfertigen. Der Tag der Verabschiedung der Erklärung von Tilsit, der 30. November, wurde auf Beschluss des Seimas 1998 zum Tag des Beitritts Klein-Litauens an Groß-Litauen proklamiert.

Die Erklärung von Tilsit wird manchmal unberechtigt abgewertet, andermal wird sie mit der am 16. Februar 1918 erfolgten Unabhängigkeitserklärung Litauens verglichen. Dabei wird betont, dass beide im selben Jahr veröffentlicht wurden und so den nationalen und bürgerlichen Willen des politisch aktiven Bevölkerungsanteils zum Ausdruck brachten. Es sind äußerst bedeutende Ereignisse in der Geschichte des modernen Litauen, und das obwohl die eine als auch die andere Erklärung nur zum Teil umgesetzt wurden: Lediglich der nördliche Teil Klein-Litauens, das Memelland, „trat“ Groß-Litauen „bei“. Letzteres wurde zur unabhängigen Republik Litauen, wenn auch zeitweilig ohne die Hauptstadt Vilnius und einem Drittel des Territoriums.

### **Ostpreußen wird aufgeteilt**

Deutschland verlor Ostpreußen am 8. Mai 1945 mit der Unterschrift und dem Inkrafttreten des Kapitulationsaktes des Deutschen Reiches. Die Kontrolle der Region übernahmen die vier Alliierten UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich, in der Praxis aber befand sich Ostpreußen in den Händen des sowjetischen Militärs als Militärbezirk Königsberg.

Wenig später fand in Potsdam im Schloss Cecilienhof vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 die Potsdamer Konferenz statt, auf der die Führer der Siegermächte die Folgen des Krieges, den Status Deutschlands und dessen künftiges Schicksal erörterten. Preußen als ehemaliger Teil Deutschlands wurde liquidiert. Ostpreußen wurde zwischen der Sowjetunion und Polen aufgeteilt: Der südliche Teil fiel an Polen, der Norden wurde ab dem 17. Oktober 1945 unter die Verwaltung der Sowjetunion gestellt, so wie sie bereits früher vereinbart hatten. Die neue Grenze

wurde ohne jedweden Bezug zu ethnischen oder historischen Gegebenheiten und ohne Rücksicht auf die geographischen Besonderheiten der Örtlichkeiten gezogen. In den sowjetischen Verwaltungsbereich fiel der Teil Preußens, der seit langer Zeit als Kleinlitauen oder Preußisch-Litauen bekannt war.

Im Potsdamer Abkommen steht, dass die endgültige Entscheidung über das Gebiet nach fünfzig Jahren in einer dann stattfindenden Friedenskonferenz fallen sollte, in welchem ein Friedensvertrag zwischen Deutschland und den vier Verbündeten geschlossen werden sollte. Aus völkerrechtlicher Sicht sollte er dem Versailler Vertrag von 1919 ähnlich sein, mit dem der Erste Weltkrieg sein Ende fand. Das Potsdamer Abkommen sieht auch vor, dass auf dieser Friedenskonferenz die Regierungen der USA und Großbritanniens den sowjetischen Vorschlag für das Königsberger Gebiet unterstützen werden.

Es ist wichtig zu betonen, dass im Potsdamer Abkommen nichts davon steht, dass der nördliche Teil Preußens mit Klein-Litauen endgültig der Sowjetunion überlassen werden soll, die Rede ist nur von der vorübergehenden Verwaltung des Landes. Ohne Rücksicht darauf hat der Oberste Rat der UdSSR am 7. Juni 1946 mit einem Erlass eine ständige Verwaltungseinheit in der Region Königsberg ('Kenigsbergskaja oblast') eingerichtet und diesen sogleich an die Russische Sozialistische Republik angeschlossen. Nach drei Monaten (am 4. Juli 1946) verkündete der Oberste Rat der UdSSR einen neuen, nach internationalen Rechtsnormen rechtswidrigen Erlass, in welchem die zur vorübergehenden Verwaltung unterstellte Stadt Königsberg in Kaliningrad umbenannt und das Königsberger Gebiet als Oblast` Kaliningrad bezeichnet wird.

Zu diesem Zeitpunkt war Litauen von der Sowjetarmee besetzt. Von der damaligen kommunistischen Führung gab es keine öffentliche Reaktion auf eine solche Konferenzentscheidung, vielleicht konnte es auch keine geben. Obwohl der Historiker Povilas Pakarklis, der seit langem Material über das Litauertum in Klein-Litauen gesammelt hatte, dazu bereit war, dieses zu nützen, falls versucht werden sollte, zumindest einen Teil des Kaliningrader Gebietes Litauen zuzuteilen.

Die USA-Litauer zögerten nicht, sich zu den Ergebnissen der Potsdamer Konferenz zu äußern. Der Historiker und Schriftsteller Algirdas Gustaitis wandte sich schriftlich an den US-Präsidenten Harry S. Truman, einen ebenso wichtigen Teilnehmer der Potsdamer Konferenz wie

Churchill und Stalin. Im Brief fragt er: „Hat denn keine der Mächte vorgeschlagen, den nördlichen Teil Ostpreußens Litauen zuzuteilen, das von der UdSSR okkupiert ist? Mich erreichten Nachrichten, dass die litauische Delegation, versorgt mit erforderlichen Unterlagen darüber, dass der nördliche Teil Ostpreußens zu Litauen gehören sollte, rechtzeitig zur Konferenz anwesend war, aber die Russen ihr Erscheinen verhinderten. Leider wurde nach einer kurzen Debatte dieses Gebiet der vorübergehenden Verwaltung der UdSSR unterstellt. Dies ist bis heute noch der Fall“.

Den Brief beantwortete die Staatssekretärin und bedauerte, dass der US-Präsident auf die gewünschte Frage nicht eingehen kann usw. Darauf wurde der Inhalt des Briefes in litauischer, lettischer, estnischer, ukrainischer, spanischer, deutscher, englischer und polnischer Sprache an einige ausländische Redaktionen der Presse geschickt. Truman hatte zwar, wie der gesellschaftspolitisch aktive Jurist Martynas Brakas bemerkt, Sympathie für die von der Entscheidung der Potsdamer Konferenz betroffene Bevölkerung Ostpreußens zum Ausdruck gebracht, aber das ist kein Trost: „Für die Litauer Klein-Litauens wird Potsdam ein unvergesslicher entscheidender Faktor der Tragödie ihrer Heimat bleiben.“

Die sowjetischen Führer erreichten auf der Helsinki-Konferenz 1975, dass das Recht auf Verwaltung des Kaliningrader Gebietes unter dem Paragraph von der „Unverletzlichkeit der Grenzen“ legitimiert wurde.

### **Ethnozid, Russifizierung**

Spricht man über Klein-Litauen während des Zweiten Weltkrieges, so ist es unmöglich, einige Dinge zu verschweigen. Ostpreußen war das erste deutsche Gebiet, in das die Rote Armee einmarschierte. Jeder Soldat und Offizier begegnete Aufforderungen: „Dies ist es, das verfluchte Deutschland“, „Vor Euch – die Höhle der faschistischen Bestie“. Vom ersten Tag an begann das Morden an der Zivilbevölkerung, Frauen wurden vergewaltigt, es wurde geplündert.

Den Anfang machten die Ereignisse am 9. Oktober 1944, als auf der Autostraße Heydekrug-Memel abziehende Flüchtlinge von der Panzerkolonne der 3. Weißrussischen Front eingeholt wurden. Die Wagen der Zivilbevölkerung gerieten schnell unter die Panzerketten. Wie viele Menschen dabei ums Leben kamen, ist schwer zu sagen. Das Morden

und Vergewaltigen wurde auch nach der Besetzung Königsbergs fortgesetzt, als die Schlachten schon beendet waren. Zum Teil kann es als Gewalthandlungen einzelner Soldaten, die Kriegsverbrechen entsprechen, erklärt werden. Aber der wichtigste Faktor der in Ostpreußen kämpfenden 3. Weißrussischen Front unter dem Oberbefehl von General Ivan Černiachovskij war ihre vorausseilende Propaganda, die der Journalist und Schriftsteller Ilja Ęrenburg verbreitete. Unter den Frontsoldaten wurden seine Propaganda-Flugblätter mit dem Aufruf „Töte den Deutschen“ massenhaft verteilt.

Die Sowjetsoldaten wurden über die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung Ostpreußens nicht informiert, obwohl ihre Kommandeure dies gewiss wussten. Alle Einheimischen galten als Faschisten. Die Überlebenden der Bombardierungen, Schlachten, Massaker, der Winterkälte von 1945, des Hungers und von Krankheiten wurden, sowohl Deutsche als auch Klein-Litauer, aus ihren Wohnorten verbannt und vorwiegend 1948 in die Deutsche Demokratische Republik deportiert. Viele von ihnen gerieten nach Sibirien.

Eine ethnische Säuberung wurde durchgeführt – ein Ethnozid. Wo ehemals die Verbannten lebten wurden Kolonisten angesiedelt, überwiegend Russen, aber auch Weißrussen und Ukrainer. Später fanden sich auch einige Litauer ein, die aus verschiedenen Gründen nicht in ihrer Heimat leben wollten oder konnten. Ehemalige litauische Verbannete oder politische Gefangene durften einige Zeit nicht zurückkehren, weshalb viele von ihnen für sich das Königsberger Gebiet wählten. Das setzte sich bis 1949 fort, als die UNO die Konvention verabschiedete, die die Kolonisierung besetzter Gebiete verbot. Aber es war schon zu spät, abgesehen davon, wurde auf die Konvention keine Rücksicht genommen: Das Land wurde kolonisiert und es begann eine vollständige Russifizierung. Ob von ortsansässigen Kleinlitauern einige erhalten blieben, ist nicht bekannt. Die zugezogenen Litauer durften keine eigenen Schulen, Kindergärten und Medien haben. Später besserte sich diese Situation.

Es gab Überlegungen, die Wolgadeutschen (die Wolgadeutsche Autonomie Republik wurde während des Krieges abgeschafft) in das Kaliningrader Gebiet zu verlegen. Damit wurde begonnen, aber es wurde nicht weiter umgesetzt. Als sich die Gelegenheit ergab, wählte die Mehrzahl der Deutschen die Ausreise nach Deutschland und nicht das

Kaliningrader Gebiet. Abgesehen davon hatte die Leitung des Kaliningrader Gebietes kein großes Interesse an deutschen Zuzöglingen.

Die rücksichtslose Russifizierung des Landes äußerte sich primär darin, dass alle Ortsnamen ins Russische umbenannt wurden. Das Ausmerzen von Ortsnamen litauischen und prussischen Ursprungs durch die Germanisierung fand bereits vor dem Zweiten Weltkrieg statt, verstärkt nachdem die Nazis an die Macht kamen. Dennoch blieben vielerorts jahrhundertlang ursprünglich baltische Ortsbezeichnungen erhalten. Die sowjetischen Verantwortlichen veränderten die Ortsnamen total um ins Russische, ohne Rücksicht auf alte Traditionen (Zum Beispiel: Tilžė – Tilsit – Sovetsk; Labguva – Labiau – Polesk; Vėluva – Wehlau – Znamensk, Pilkopiai – Pilkoppen – Morskoje; Stalupėnai – Stallupönen – Nesterovo, Krantas – Kranz – Zelionogradsk usw.). Zugleich wurde alles zerstört und vernichtet was deutsch war, ohne Rücksicht auf architektonische Denkmäler und Altstädte, mit dem Ziel, dem Land einen russischen Charakter zu verleihen und Königsberg zu einer russischen Sowjetstadt zu machen.



*Neusiedler in Eitkūnai (Eydtkuhnen jetzt Černyševskoje), 1945.  
Foto: Povilas Karpavičius. LCVA*

Ausnahmen gab es nicht, weder zur historischen noch zur kulturellen Vergangenheit. Der ehemalige Leiter der Kaliningrader Verwaltung, Jurij Matočkin, behauptete bei seinem Besuch in Litauen, dass „das Kaliningrader Gebiet seit Ewigkeiten russisches Land ist“. Noch schöner wird dies in der Großen Sowjetischen Enzyklopädie beschrieben:

Ostpreußen ist ein uraltes Gebiet der Baltoslawen (pribaltijskije slavia-nie).

Zu all dem gesellte sich eine intensive Militarisierung des Gebietes, wodurch das Gebiet zu einer verbotenen militärischen Zone und zu einer wichtigen Militärbasis im westlichen Teil der Sowjetunion wurde.

### **Litauische Resonanzen**

Nach der Potsdamer Konferenz wandten sich litauische politische Organisationen im Ausland in der Hoffnung, dass es wirklich zu den in den Beschlüssen erwähnten Friedensverhandlungen kommt, an die Regierungen der USA und anderer westlicher Staaten und brachten ihre Ansprüche auf einige der unter sowjetischer Verwaltung stehenden Kreise Ostpreußens zum Ausdruck.

Gleich nach der Konferenz im August 1945 sandte der Rat der Litauer in Amerika ein „Memorandum zur absehbaren Überlassung Königsbergs und nachbarschaftlicher Gebiete an die UdSSR“ an das State Department. In diesem wird gebeten zu berücksichtigen, dass „jedwede Veränderung des Territoriums, die das Gebiet Königsbergs betrifft, direkten Einfluss auf den künftigen internationalen Status Litauens haben könnte“ und dass bei der endgültigen Festlegung der Gebietsgrenzen „größte Aufmerksamkeit den lebenswichtigen Interessen eines souveränen Litauen und dem Willen der Bevölkerung geschenkt werde“.

Ein Jahr später, am 6. November 1946, wurde in Fulda durch das Engagement der aus der Heimat vertriebenen Preußisch-Litauer der Rat der Kleinlitauer wiederbelebt. Deren Zweck war die Fortsetzung der Tätigkeit des kleinlitauischen Rates (1918 – 1924). In der veröffentlichten „Deklaration der Kleinlitauer“, die als Akt von Fulda bezeichnet wird, steht: „Wir, Vertreter der Kleinlitauer, drücken zum wiederholten Male, uns dabei auf den dritten Artikel der Atlantik-Charta stützend, unseren festen Willen aus, uns von Deutschland abzulösen und uns mit dem Stamm unseres Volkes in einem gemeinsamen Staat Litauen zusammenzuschließen“. Im Versailler Vertrag von 1919 wurden die Forderungen der Kleinlitauer nur zum Teil berücksichtigt, nur das Memelland wurde an Litauen angeschlossen, außen vor blieb der wesentliche Teil Kleinlitauens, das Königsberger Gebiet. Die Unterzeichner der Deklaration wandten sich an die Regierungen aller demokratischen Länder der Welt und protestierten gegen „das Begehren litauischer Gebiete“ durch

die Sowjetunion und gegen die Kolonialisierung des Landes durch Russischsprachler.

Am 15. Februar 1947 deklarierte der Rat der Kleinlitauer den zweiten Akt von Fulda. In diesem wandte er sich an die demokratische westliche Welt wegen der Kolonisierung Kleinlitauens durch Russen und bat darum, „die Verwaltung Kleinlitauens einer UN-Kommission zu übertragen und den ortsansässigen Litauern zu ermöglichen, eine eigene Regierung zu bilden, bis die Forderung dieser Bevölkerung nach einem Zusammenschluss mit dem unabhängigen Staat Litauen erfüllt ist“, ebenso „soll den unter grausamer Zerstörung leidenden kulturellen Vertretern des historischen Kleinlitauens die Gelegenheit gegeben werden, im Forum der Völker ihre Stimme einzubringen“.

Der Rat der Kleinlitauer thematisierte das Ermorden der Bevölkerung im Königsberger Gebiet. Sich darauf stützend erhob auch das Oberste Befreiungskomitee Litauens den Protest wegen des Genozids an der autochthonen Bevölkerung Ostpreußens und überreichte diesen den Regierungen der Großmächte. Leider reagierten die Kriegsverbündeten der Sowjetunion nicht auf diesen Protest.

Die Frage nach dem Schicksal Ostpreußens erhob auch die in Montreal (Kanada) 1953 gegründete Widerstandsbewegung Kleinlitauens „Mažosios Lietuvos rezistencinis sąjūdis“, die die Kleinlitauer der USA und Kanadas vereinigte und vertrat. Diese Organisation beendete 2005 ihre Tätigkeit und übergab ihre Vollmachten an den 1989 in Vilnius gegründeten Rat für die Angelegenheiten Kleinlitauens. Neben anderen Tätigkeiten stellte der Rat einen Antrag, in dem die Besorgnis der Gefahr für die gesamte Region durch die zunehmende Militarisierung des Kaliningrader Gebietes zum Ausdruck gebracht wurde. Die Politiker in aller Welt und in Europa wurden gebeten, dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu widmen, und angehalten, Schritte zu unternehmen, um die weitere Militarisierung aufzuhalten mit dem Ziel der Demilitarisierung.

### **Die Studie von Pavel Ivanovič Kušner (Knyšev)**

Die Frage, ob nach dem Kriegsende die sowjetische Führung je vorhatte, die Zukunft Ostpreußens mit der Litauens zu verbinden, ist nicht neu, doch für eine Antwort mangelt es an Fakten. Es gibt Hinweise darauf, dass noch vor der Kapitulation des Deutschen Reiches und der Potsda-

mer Konferenz die Sowjetpropaganda das Gerücht streute, die Nachteile, die das litauische Volk erlitten habe, müssten ausgeglichen werden, man müsse ihm das von Kreuzrittern sowie das von Deutschland geraubte und an dieses angeschlossene Land zurück geben. Man begann, nach Beweisen des seit Urzeiten bestehenden Litauertums in diesem Gebiet zu suchen. Von inzwischen verstorbenen Intellektuellen der älteren Generation war zu hören, dass während der Annäherung der Front an Litauen Pläne zur administrativen Aufteilung litauischer Orte (Kreise und ähnliches) in Ostpreußen vorbereitet wurden. Doch auf der Potsdamer Konferenz und danach vermied man, es darüber zu reden. Auf der anderen Seite gibt die Emigrantenpresse zu, dass die in den USA tätigen litauischen Organisationen den US-Präsidenten und die Regierung über die ehemaligen Gebiete der Prussen, die zu Litauen gehören sollten, nicht umfassend informiert hatten.

Dennoch scheint es so zu sein, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt die sowjetische Führung wegen der Entscheidung über die Zugehörigkeit des Königsberger Gebietes verunsichert war. Vielleicht glaubte sie, die Alliierten könnten echte Beweise verlangen, die die Zuteilung des Königsberger Gebietes zu Russland belegen sollten. Grund der Verunsicherung war, als während des Wahlkampfes 1951 in den USA, das Programm eines der Präsidentenanwärter, das des Senators P. A. Taft, die Revision der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam enthielt. Unter dieser Vorgabe erhielt die Akademie der Wissenschaften der UdSSR den Auftrag, eine Publikation herzustellen und zu beweisen, dass der nördliche Teil Ostpreußens litauisch ist, folglich ein ethnisches Gebiet eines Volkes der UdSSR. Der Ethnologe Pavel Kušner-Knyšev verfasste eine gut dokumentierte Studie „Ētņičeskoe prošloe jugovostočnoj Pribaltiki“ (Ethnische Vergangenheit des Südostbaltikums), in welcher eindeutig belegt wird, dass dieses Gebiet litauisch war. Die Untersuchung hebt ebenso hervor, dass das prussische Volk wegen der Vernichtung und Germanisierung unterging, die Germanisierung der Litauer verlief dagegen langsamer. Der Verfasser betont, dass Kleinlitauen und Großlitauen ein kompaktes ethnisches litauisches Gebiet ist, Prussen und Litauer dessen Autochthone sind, die Deutschen dagegen Eroberer und Kolonisten. Bei der Erstellung dieser Ausgabe wurde Kušner von den litauischen Historikern P. Pakarklis und Juozas Žiugžda unterstützt.

Jedoch veränderte sich 1952 die Lage, als Präsident der USA wurde Dwight Eisenhower gewählt, der nicht bereit war, die Programmvorhaben seines Mitbewerbers zu übernehmen. Auch in der sowjetischen Propaganda änderten sich die Akzente, man begann zu behaupten, dass das Kaliningrader Gebiet auf altem slawischem Land im Baltikum geschaffen wurde. Kušners Buch wurde allen wissenschaftlichen Bibliotheken in der Sowjetunion entnommen und vernichtet, nur wenige Einzelexemplare verblieben in den Spezfonds. Dies genügte zur Übersetzung ins Litauische, die 1979 in Chicago erschien. 1991 gab der Verlag „Mintis“ in Vilnius Kušners Veröffentlichung in der russischen Sprache mit einem Vorwort von Prof. Vytautas Mažiulis heraus.

### **Während der Sowjetzeit und in der Zeit danach**

Während der Sowjetzeit gab es ernsthafte Versuche, das Kaliningrader Gebiet wirtschaftlich mit Litauen zusammenzuschließen. Es ist bekannt, dass 1946 der Führer der Kommunistischen Partei der Litauischen Sowjetrepublik, Antanas Sniečkus, nach Moskau vorgeladen wurde, wo ihm Stalin das Angebot machte, das Kaliningrader Gebiet an die Litauische SSR anzuschließen. Später wiederholte der Parteiideologe des ZK der UdSSR, Michail Suslov, ein derartiges Angebot. Weder das eine noch das andere Angebot wurden angenommen.

Auch wenn über die Motive für die Angebote und über deren Ablehnung Genaueres nicht bekannt ist, kann zweifellos gesagt werden, dass es für Litauen, das unter einem Besatzungsregime stand, tödlich gewesen wäre, sich ein Gebiet mit fast einer Million sowjetisierter russischsprachiger Bevölkerung anzuschließen. Ein solcher Zusammenschluss wäre nicht die von den Kleinlitauern gewünschte „Anlehnung“ an Großlitauen gewesen, sondern eine noch größere Einbindung Litauens an die Sowjetunion und seine Russifizierung.

Ähnliche Versuche gab es auch später. Als zwischen 1957–1965 in der Sowjetunion Volkswirtschaftsräte mit zentralisierte Verwaltungsordnung geschaffen wurden, wurde versucht, größere Wirtschaftseinheiten zu schaffen. Dabei wurde die Verwaltung einiger Wirtschaftszweige des Kaliningrader Gebietes den entsprechenden Ministerien der Litauischen SR unterstellt. Es gab Anzeichen, die Wirtschaft des Kaliningrader Gebietes schrittweise mit der Wirtschaft Litauens zu verbinden. In einer ausländischen Veröffentlichung war eine Landkarte zu sehen, in welchem die Gebiete Litauens und Kaliningrads als eine gemeinsame Wirt-

schaftseinheit abgebildet waren. Nach dem Scheitern dieses Volkswirtschaftsprojektes rissen die gerade begonnenen Verbindungen ab. Diesbezüglich ist der Meinung zuzustimmen, dass „das Kaliningrader Gebiet nicht ein Teil Litauens werden kann, denn ein solcher Versuch würde zu ähnlichen Ergebnissen wie in Jugoslawien führen“.

Mit zunehmendem Abstand zum Krieg versuchte man in Litauen, sich um den Erhalt des litauischen kulturhistorischen Erbes von Kleinitauen zu kümmern. Der Historiker P. Pakarklis organisierte zwischen 1945–1948 einige Suchexpeditionen ins Königsberger Gebiet und fand in den Ruinen der Burg von Lochstedt für die Prussistik und Lituaniistik wertvolle Handschriften von Kristijonas Donelaitis, Matthäus Prätorius und andere, ebenso Erlasse der preußischen Könige an die preußischen Litauer in deren Muttersprache.

1979 wurde in Tollmingkehmen (seit 1946 Čistyje Prudy) ein Memorial für Donelaitis als Filiale des Kaliningrader Geschichts- und Kulturmuseums eingerichtet. Noch früher zwischen 1971- 1979 wurde mit Unterstützung der Regierung und Gesellschaft Litauens und auf deren Kosten die 1950 zerstörte evangelisch-lutherische Kirche, in der der große Dichter als Pfarrer tätig war, wiederaufgebaut. Ebenso wurde ein Gedenkstein an der Geburtsstätte des Dichters in Lasdinehlen errichtet.



*Tollmingkehmen. Foto: Lina Žilytė. LCVA.*

Auch andere wichtige Dinge wurden bedacht – zum Erhalt der Erinnerung an bedeutende Vertreter litauischer Kultur, wie Ludwig Rhesa, Vydūnas und andere, wie auch das Bewahren und Erhalten historischer und kultureller Orte, um diese Besuchern zugänglich zu erhalten. In Tilsit (Sovetsk) wurde eine Tafel zur Erinnerung an Vydūnas angebracht, Umweltschutzmaßnahmen an der Memelmündung, im Kurischen Haff und auf der Kurischen Nehrung wurden in Angriff genommen. Im Kaliningrader Gebiet gibt es noch über 50 erhaltene Gebäude, die in Beziehung zu kostbaren Nationalwerten der Litauer stehen. Nicht alle Bemühungen waren erfolgreich. Auch wenn es gelang, Einiges zu erreichen, viel hing von der lokalen Verwaltung des Kaliningrader Gebietes ab. Aber über die Beibehaltung der alten Ortsnamen, wenigstens die Erinnerung an sie, konnte keine Rede sein.

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens verbesserten sich die kulturellen Beziehungen keineswegs, in mancher Hinsicht verschlechterten sie sich sogar. Die kulturelle und historische Erforschung Kleinlitauens wurde mehrmals als Anspruch auf das Gebiet verstanden oder gar als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates gesehen.

Im Königsberger Gebiet lebt eine kompakte, circa 20.000 Mitglieder umfassende litauische Gemeinschaft, die lange Zeit über keinerlei angemessene Gegebenheiten verfügte, um sich kulturell und geistig zu äußern. Die Litauer wandten sich viele Male an die Leitung des Gebietes und die Regierung der Russischen Föderation, zugleich schickten sie diese Briefe auch an die Regierung Litauens. Auf ihre Bitten wurde bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion nicht reagiert. Die litauische Gemeinschaft des Kaliningrader Gebietes wurde erst registriert, nachdem sich der Vorsitzende des Obersten Rates, Vytautas Landsbergis, 1991 persönlich an den Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzin, gewandt hatte.

### **Vertrag und Vereinbarung**

Die Frage der westlichen Nachbarschaft zu Litauen wurde in den letzten Lebenstagen der Sowjetunion in einem gemeinsamen internationalen Regelungskontext entschieden. Die Regelung der Beziehungen war die wichtigste Angelegenheit seit den ersten Tagen der Unabhängigkeit Litauens. Die westlichen Staaten empfahlen Litauen, sich mit der UdSSR zu einigen. Zu diesem Zweck beschloss am 5. Juli 1990 der

Oberste Rat Litauens, eine Kommission zur Vorbereitung der Verhandlungen zusammenzustellen, wenig später wurde auch eine Delegation für die Verhandlungen aufgestellt. Aber die Vorbereitungen endeten mit Konsultationen, zu Verhandlungen kam es nicht, denn die Gegenseite war dazu nicht bereit.

Die Lage änderte sich in den Tagen des erfolglos verlaufenden Putsches im August 1991 in Moskau. Formal gab es noch die UdSSR, aber zugleich wuchs der politische Einfluss Russlands und dessen demokratischen Führers B. Jelzin, der sich entschlossen den Putschisten widersetzte. Die demokratische Regierung Russlands war auf politische Unterstützung angewiesen und auch für Litauen war es wichtig, gute Beziehungen zur Russischen Föderation und deren Anerkennung zu haben. Es ergab sich die Gelegenheit, mit der Russischen Föderation einen internationalen Vertrag zu unterzeichnen.

Am 29. Juli 1991 unterzeichneten V. Landsbergis und B. Jelzin den Vertrag zwischen der Republik Litauen und der Russischen Föderativen Sozialistischen Republik über die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Litauen und die Russische Föderation Republik erkannten sich gegenseitig als Subjekte des internationalen Rechts und als souveräne Staaten an. Manchen erschien es, dass dies ein Vertrag zwischen zwei Sowjetrepubliken sei, um Litauen auf diese Weise maskiert in die Sowjetunion zurückzubringen. Dies löste scharfe Diskussionen im Obersten Rat Litauens aus, bevor der Vertrag ratifiziert wurde.

Am 6. September 1991 erkannte die Sowjetunion die Unabhängigkeit der Republik Litauen an. Es wurde über den Abzug der sowjetischen Armee aus Litauen verhandelt, dieser war am 31. August 1993 abgeschlossen. Dieser Tag ist der Abschluss der Befreiung Litauens.

Lange und vielfältig waren die Verhandlungen über das Festlegen der Staatsgrenzen Litauens und Russlands, die 1993 begannen. Am schwierigsten war es, sich über die Grenze im Vištytis-See, die Memelmündung, das Kurische Haff und die Wirtschaftszone im Ostseeschelf, in dem es ein Erdölvorkommen gibt, zu einigen. Litauen erhielt 20 Prozent des Vištytis-Sees, statt der 2 Prozent zuvor. Am 24. Oktober 1997 unterzeichnete der Präsident der Republik Litauen, Algirdas Brazauskas, in Moskau den Vertrag über die Staatsgrenzen Litauens und Russlands. 1999 im Oktober ratifizierte Litauen diesen Vertrag, Russland hatte dagegen keine Eile.

Der Vertrag mit der Russischen Föderation enthielt auch die Frage nach der westlichen Nachbarschaft. Am gleichen Tag unterschrieben der Ministerpräsident der Republik Litauen, Gediminas Vagnorius, und der Ministerpräsident der Russischen Föderation, Ivan Silajev, die Vereinbarung über die wirtschaftliche und soziokulturelle Zusammenarbeit im Kaliningrader Gebiet. Diese Vereinbarung beinhaltete auch die Zustimmung zur westlichen Grenze Litauens als Grenze zu Russland in diesem Abschnitt. Das ist nichts anderes als „eine echte geopolitische Kuriosität“, denn Litauen bestätigte die Grenze im Westen mit einem im Osten existierenden Staat.



*Vertreter der litauischen Minderheit im Kaliningrader Gebiet im Gespräch mit Vytautas Landsbergis 1992. Foto von Raimundas Šuika. LCVA*

Historisch betrachtet ist diese Grenze nichts anderes als die ehemalige Grenze zu Deutschland, die sich seit der Zeit des Vertrages von Melno 1422 nicht verändert hatte. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Vertrag von Melno im 1928 geschlossenen und 1929 ratifizierten Vertrag zwischen der Republik Litauen und dem Deutschen Reich zur Klärung der Grenzangelegenheiten bestätigt wurde.

Mit diesem Vertrag wurde auch die Zugehörigkeit des Memellandes zu Litauen anerkannt, was aus heutiger Sicht eine bedeutende Tatsache ist. „Dieser Vertrag müsste heute jene Kreise Russlands, die Ansprüche auf das Memelland erheben, zu Zurückhaltung zwingen, die Ansprüche auf das Memelland zu stellen, weil das Memelland nach dem Zweiten Weltkrieg als Teil von Ostpreußen an Russland gefallen sei“.

Bis heute kommt es oft vor, dass aus dem Osten zu hören ist: Weil Litauen sich getrennt habe, habe Russland das Recht, sich Klaipėda / Memel „zurückzuholen“. Sogar ranghohe russische Beamte vergessen leicht, dass die Rückgabe der sogenannten Anschlüsse Hitlers, darunter auch die Wegnahme des Memellandes von Litauen 1939, an die rechtmäßigen Eigentümer nach festgelegten Kriterien der Alliierten erfolgten: „Die Alliierten erkennen Deutschland in dem Gebietsbestand an, so wie dieser am 31. Dezember 1937 war“. Sogar Michail Gorbatschow hat seinerzeit in Gegenwart des Autors dieses Beitrages erklärt, dass er „seine Pranke“ auf Klaipėda legen könne, sollte sich Litauen von der Sowjetunion trennen.

Es gibt nichts Besseres, um sich gegen aggressive Nachbarn zu wehren, als auf internationalem Rechtsweg. Der Rat für die Angelegenheiten Kleinlitauens verteilte am 6. September 1991 eine vom Vorsitzenden Vytautas Šilas unterschriebene Erklärung zum Vertrag zwischen der Republik Litauen und der Russischen Föderation. In dieser wird gesagt, dass der Vertrag für Litauen sehr wichtig ist, dessen Wert werde aber durch die im gleichen Paket befindliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Kaliningrader Gebiets degradiert: „Mit dieser Vereinbarung werden besondere Interessen Russlands befriedigt, aber das historische Gedächtnis der Litauer und der Wunsch der Litauer in diesem Gebiet, ihr Litauertum zu erhalten, verbleiben im Ungewissen“. In der Tat, die Vereinbarung widerspiegelt weder das besondere Interesse Litauens zum Erhalt der historischen Erinnerung noch die Voraussetzungen für das Beibehalten des Litauischen bei den hier lebenden Litauern, garantiert jedoch den Russen, dass deren Anliegen in Litauen berücksichtigt werden. Der Oberste Rat Litauens wird gebeten zu erklären, dass die erwähnte Vereinbarung nicht als Anerkennung der souveränen Rechte Russlands auf dieses eroberte Territorium gehandhabt wird.

Noch vor der Unterzeichnung dieser Vereinbarung wurde dieses Projekt vom amerikanisch-litauischen Juristen, Algimantas Gureckas, kritisch bewertet. In seinen Anmerkungen zu dieser Frage schreibt er am 21. Juni 1991: „Wenn das Projekt der Vereinbarung vom 3. April 1991 so angenommen und unterzeichnet wird, dann bedeutet das die Aufgabe jedweder Rechte auf dieses Gebiet und dessen Anerkennung zu Russland. .../ Vielleicht bleibt dieses Land bei Russland und Litauen wird sich damit abfinden müssen, aber es wäre wirklich nicht angebracht, dass wir uns selbst daran beteiligen“.

### **Eine Friedenskonferenz findet nicht statt**

Die Friedenskonferenz, die in den Dokumenten der Potsdamer Konferenz vorgesehen ist, scheint niemals stattzufinden. 1995 waren fünfzig Jahre seit Kriegsende vergangen, doch keiner der ehemaligen vier Alliierten erwähnte dies. Der Moskauer Vertrag (offiziell „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“), der am 12. September 1990 von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und den zwei deutschen Staaten unterzeichnet wurde und häufig als „Zwei-plus-vier-Vertrag“ genannt wird, eröffnete den Weg zur Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 und löste so die wesentlichen Fragen, die eigentlich die Friedenskonferenz hätte entscheiden müssen. Im Moskauer Vertrag verzichtete Deutschland voll und endgültig auf alle Gebiete, die nicht zu den Gebieten Westdeutschlands sowie Ostdeutschlands und den Berliner Stadtgebieten gehörten und damit auch auf das Königsberger Gebiet, obwohl im Vertrag dieses Gebiet keine Erwähnung findet. Deshalb bemerkt der Jurist A. Gureckas: „Indem Deutschland auf seine Rechte verzichtete, wurden diese weder der Sowjetunion, noch Russland, noch einem anderen Staat übertragen“. Laut diesem Vertrag hat die Sowjetunion nur das Recht, dieses Gebiet zu verwalten, souveräne Rechte hat sie jedoch nicht. Das gilt auch für Russland, denn die Sowjetunion kann nicht Rechte an Russland abtreten, die es selbst nicht hatte“.

Eine ähnliche Ansicht wird auch in der Erklärung der Konferenz zu den Problemen Kleinlitauens, die 1993 in Vilnius stattgefunden hat, dargelegt, denn heute, wo die Sowjetunion nicht mehr existiert, hat auch der in Potsdam unterzeichnete Auftrag der zeitweiligen Überlassung zur Administration seine Macht und seinen Sinn verloren.

### **Ausblick in die Zukunft**

Wie bereits erwähnt, bedeutet der Verzicht Deutschlands auf seine Rechte auf das ehemalige Ostpreußen nicht, dass das Königsberger bzw. Kaliningrader Gebiet an Russland überlassen wird. Dies wurde ebenso von keiner Großmacht bestätigt, genauer gesagt, die Historiker finden keine dies bestätigenden Dokumente. Trotzdem wird das Königsberger Gebiet, das zu einer russischen Kolonie, dem Kaliningrader Gebiet geworden ist, seit Kriegsende faktisch wie ein integraler Bestandteil Russlands behandelt. Dennoch gibt es sowohl in Russland selbst als auch anderswo die Meinung, dass die Zukunft des Landes unklar sei. Nach der Auflösung der Sowjetunion nahmen solche Meinungen zu, zugleich wurde versucht vorauszusehen, welchen Status dieses Gebiet in Zukunft haben könnte – einen solchen wie bisher, oder einen anderen.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass dies wesentlich von der Entwicklung des politischen Lebens in Russland abhängt, dabei aber auch von einer Entwicklung im Kaliningrader Gebiet selbst durch die dortige Gesellschaft. Dies könnte durch eine wirtschaftliche und kulturelle Selbstständigkeit von Moskau motiviert werden, wie durch die Attraktivität der westlichen Kultur in den Nachbarländern, der wachsenden Zusammenarbeit mit diesen und deren Anziehungskraft.

Es gibt Anzeichen dafür, dass es der Regierung dieses Gebietes nicht wirklich gefällt, nur als gewöhnliche, dem Zentrum gehorsam ergebene Nomenklatur einer Region Russlands gesehen zu werden. Sie möchte alle wirtschaftlichen Hebel in eigenen Händen halten, die Ausführung einer unabhängigen Haushalts- und Steuerpolitik, das Knüpfen selbstständiger Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland usw.. Es ist zu lesen, dass manch andere Regionen Russlands (Ural, Primor) schon länger Hoffnungen auf größere Selbstständigkeit pflegen und selbst hoffen, ohne Anweisung des Zentrums mit den eigenen Rohstoffen der Natur zu disponieren.

Der Chef des Kaliningrader Gebietes, J. Matočkin, sagte ausländischen Journalisten, nachdem er 1991 nach dem Putsch im August durch Anordnung von Boris Jelzin den Posten einnahm, dass früher oder später das Leben dazu zwingen werde, die Idee einer Baltischen Republik anzunehmen, auch wenn man sich noch so sehr bemüht, diesen Prozess aufzuhalten. Zu anderen Anlässen hört man zur Idee der Selbstständigkeit folgendes: „Eine Transformation des Kaliningrader Gebietes in eine

Baltische Republik innerhalb der Russischen Föderation, die dabei den selbstständigen Status eines internationalen Subjekts erhält“. Erörterungen zu diesem Thema waren auch von ausländischen Radiosendern zu hören.

Der Schriftsteller und Vorsitzende des Kaliningrader Kulturfonds, Jurij Ivanov, sagte zum Journalisten der „Deutschen Welle“ am 15. August 1992, dass die Idee heranreife, der Stadt deren historischen Namen Königsberg zurückzugeben. Das Gebiet könnte ein kleiner Staat, eine vierte Baltische Republik werden, die sich wieder ihren ehemaligen Namen Preußen zulegt und kein gewöhnliches Gebiet der Russischen Föderation bleibt. Doch besteht kein Zweifel daran, dass einige Meinungsverschiedenheiten mit Moskau wegen der Wirtschaft und Selbstständigkeit noch nicht bedeuten, dass die Regierung des Gebietes an eine Trennung von Russland denkt. Die in Abhängigkeit haltenden Beziehungen sind um einiges stärker als die der ernsthaften Gründe für eine Selbstständigkeit. Großen Einfluss hat das Vorhandensein der russischen Armee in diesem Gebiet, das zu einem der höchst militarisierten Gebiete in Europa geworden ist. Ein großer Teil der Bevölkerung besteht aus Militärs, die sehr einflussreich sind, die ortsansässige Regierung hat kaum Interesse an der Reduzierung der Armee. Wahrscheinlich fürchten sie die Nachbarn, denn nur solange, wie sie zu Russland gehören, kann Kaliningrad den Ansprüchen Deutschlands, Polens und Litauens aus dem Weg gehen. Schließlich möchte die derzeitige Führung ihre Positionen erhalten.

Die Frage nach der Zukunft des Königsberger Gebietes findet auch die Aufmerksamkeit von Politologen anderer Länder. Der amerikanische Jurist Raymond Smith hat internationalen Anforderungen entsprechend eine Statusanalyse des Kaliningrader Gebietes erarbeitet. Er behauptet, dass Deutschland, Russland, Polen, Litauen und Vertreter der ortsansässigen Bevölkerung Ansprüche auf dieses Gebiet stellen können. Da keiner der vier Staaten deutlich belegbare Ansprüche auf das Gebiet stellt, ist die Wahrscheinlichkeit am Größten, dass die ortsansässige Bevölkerung die Entscheidung treffen kann. Ihr freies Selbstbestimmungsrecht im internationalen Rechtsrahmen ist das stärkste Argument.

Der Vorsitzende für die Angelegenheiten Kleinlitauens, Vytautas Šilas, meint nachdrücklich, dass es nicht möglich sei, über die Zukunft des zu einer Kolonie Russlands gewordenen Kaliningrader Gebietes zu ent-

scheiden, ohne die Meinung der früheren Bewohner zu berücksichtigen. Wird über die Zukunft irgendwelcher Territorien von Völkern gesprochen, ist ausschlaggebend, was dazu die ortsansässigen Bewohner meinen.

Es lohnt sich, eine Episode aus der Geschichte Gibraltars zu erwähnen. Dieser Ort im Süden der iberischen Halbinsel ist seit 1704 eine Kolonie Großbritanniens. Spanien erhob schon mehrmals die Frage nach der Rückgabe dieses Gebietes, weshalb die Briten 1967 und 2002 eine Volksbefragung abhielten. Die Mehrheit sprach sich für eine weitere Zugehörigkeit zu Großbritannien aus, doch die Vereinten Nationen verweigerten die Anerkennung, denn als 1704 die Engländer Gibraltar besetzten, verließen alle alten Einwohner das Gebiet oder sie wurden vertrieben. Die derzeitigen Bewohner sind spätere Immigranten aus verschiedenen Ländern und hätten kein Recht, dessen Schicksal zu entscheiden. Dennoch blieb der Status einer Kolonie bestehen, doch bis heute ist dies ein beständiges Spannungsfeld in den Beziehungen zwischen Spanien und dem Vereinigten Königreich.

Analog dazu sollten nicht die russischen Kolonisten oder andere Russischsprachige als ortsansässige Bevölkerung betrachtet werden, sondern die Vertriebenen, also verstreut lebenden Deutschen und Kleinlitauer und deren Nachkommen. Es bleibt allerdings die Frage, ob es etwas gibt, das für sie das Gebiet attraktiv machen könnte oder ob sie wenigstens imaginäre Vorstellungen entwickeln, um ihre ehemalige Heimat Preußen wieder entstehen zu lassen? Auch gibt es Meinungen, dass ein Kondominium, bestehend aus fünf Staaten Russland, Deutschland, Polen, Litauen und Schweden, eine Möglichkeit wäre, das Kaliningrader Gebiet aus seiner Isolation und wirtschaftlichen Stagnation zu befreien. Russland selbst müsste wählen: Entweder es lässt zu, dass die Enklave zu einem „Blinddarm“ wird, der erleichterte und gefestigte Beziehungen zum Westen unterhält, oder Russland legalisiert und stärkt Kaliningrad als militärischen „Vorpforten“, so die deutsche „Die Zeit“ am 1. April 1994.

A. Gureckas sprach von einem Staat Preußen: „Die beste Lösung für Litauen wäre ein separater Staat Preußen, Mitglied einer Baltischen Union. Sollte eine solche Union nicht entstehen, dann sollte dieser Staat sehr enge wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu Litauen haben“.

Der Politologe Aleksandras Štomas schlug die Variante von Preußen als Baltischen Staat, organisiert als Schweizer Modell, vor. Die Deutschen könnten ihre ehemaligen Besitztümer zurückbekommen, aber nur die, die umziehen, um hier zu leben. Dann würden hier vier Völker leben – Russen, Polen, Deutsche und Litauer, und es würde auch vier Sprachen geben: „Das ist eine recht drastische Vorstellung, welche von Realpolitikern nicht akzeptiert wird, aber ich meine, grundsätzlich gesehen ist es die einzige Möglichkeit, das Problem Ostpreußen zu lösen und zwar so, dass es niemanden weh tut und niemand irgendwelche Revanchen haben wollte“.

Aufmerksamkeit verdient auch die Idee des Politikers Audrius Butkevičius, dass das Kaliningrader Gebiet besser als manches andere als freie Wirtschaftszone geeignet sei, da dessen geopolitische Lage einzigartig ist, denn es ist das wahre Zentrum zwischen Ost und Mitteleuropa: „Aber es ist eine riesige Aufgabe, eine solche Zone zu schaffen, die dortige Armee Russlands zu verkleinern und die gesamte Infrastruktur zu verändern, die heute primär an die militärischen Zwecke angepasst ist“.

In der russischen Literatur werden folgende Möglichkeiten erwähnt: 1) das Gebiet wird in eine baltendeutsche Republik, die zu Russland gehört, umgewandelt; 2) das Gebiet wird zwischen Polen und Litauen aufgeteilt; 3) das Gebiet wird an Deutschland zurückgegeben. Es wird betont, dass Russland keine sinnvolle Strategie für das Gebiet habe, außer der Behauptung, dass es ein untrennbarer Teil Russlands sei. Liest man die vertretenen Meinungen zur Zukunft des Königsberger Landes, bleibt kein Zweifel daran, dass deren Autoren eher voreilige Erwartungen der mehr oder weniger an der Sache interessierten Nachbarn zum Ausdruck bringen, denn dass sie reale Möglichkeiten der Entwicklungsrichtung aufzeigen. Es ist nicht zu bezweifeln, dass der Status des Gebietes auch in Zukunft so bleibt, wie er jetzt ist. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat nichts verändert, das zu einem Teil der Russischen Föderation gewordene Gebiet ist jetzt noch wichtiger als zuvor. Die weit verbreitete Wochenzeitung „Literaturnaja gazeta“ schrieb, dass die in diesem Gebiet befindlichen eisfreien Ostseehäfen mit Tiefwasser den Verlust der wirtschaftlichen und militärischen Marine in Estland, Lettland und Litauen für Russland kompensieren könnten. Die feste Position Russlands in dieser Region ließe es zu, wesentlichen Einfluss auf politische und strategische Gegebenheiten und deren Entwicklung im gesam-

ten Baltikum zu nehmen, und würde direkte Kontakte Russlands mit den Ländern Europas garantieren unter Umgehung Weißrusslands und der Baltischen Republiken.

Nachdem die westliche Nachbarschaft zur östlichen geworden ist, hat sich so nicht nur die gemeinsame geopolitische, sondern auch die geokulturelle Lage Litauens verändert: Preußen ist als Raum mit eigener baltischer und germanischer Kultur zerstört, hundertjährige kreative Traditionen und Verbindungen sind abgerissen, die Erinnerung an diese und den litauischen und prussischen Anteil daran ist zu einem unveräußerlichen Teil der litauischen historischen Erinnerung und einem Teil deren kultureller Identität geworden.

Es bleibt nur das Erbe dieses Landes zu schützen, soweit wie sie noch erhalten ist, mit wissenschaftlichen Forschungen, und mit künstlerischen und anderen kreativen Interpretationen, und dieses im Kontext der Weltkultur zu verankern. Am intensivsten geschieht dies in Litauen (als Beispiel dafür kann der illustrierte Zyklus von Arvydas Kazdailis zur Chronik des Ordenslandes von Peter von Dusburg erwähnt werden), in Deutschland, und mehr oder weniger auch in Polen versteht man dies als kulturelle Verantwortung gegenüber der historischen Erinnerung. Ein bedeutender Schritt in der Ausführung war der 1999 von der Staatlichen Litauischen Sprachkommission verabschiedete Beschluss über den Gebrauch der traditionellen litauischen und prussischen Ortsbezeichnungen. Unsere Verantwortung verpflichtet uns, alles dafür zu tun, dass in früheren litauischen und prussischen Gebieten auch die materiellen Spuren dieser erhalten werden und zugänglich bleiben.

Das Interesse an diesem Nachlass wäre auch für die Kaliningrader nützlich, wenn die Idee zur Selbstständigkeit weiter gedeiht und sie an die historischen und kulturellen Eigenheiten denken und nach deren deutschen, prussischen und litauischen Wurzeln suchen. Das erwähnte Buch von P. Kušner-Knyšev über die ethnische Vergangenheit der südöstlichen baltischen Länder wäre dabei sehr hilfreich.

Doch ist dies zurzeit und offensichtlich auch in nächster Zukunft kaum zu erwarten. Die russischen Kolonisten haben keine historische oder kulturelle Beziehung zum Land, in dem sie leben, noch suchen sie danach. Die Regierung ist nur an den historischen Fakten der militärischen Anwesenheit in diesem Land interessiert, und auf dieser Grundlage wird an einer russischen Identität für dieses Gebiet gebastelt.

Der historische Verlauf ist wechselhaft, manches verändert sich, manches wiederholt sich. Die Jahrhunderte währende westliche teutonische Gefahrenquelle für Litauen wurde von der östlichen, der russischen, ersetzt. Jetzt ist Litauens westliche Staatsgrenze, die einst die Grenze mit Deutschland war, zu einer Grenze mit Russland und zu einer Unsicherheitszone geworden. Nehmen wir an, dass irgendwelche Generäle der in diesem Land aufgestellten russischen Armee mal so tun, als würden sie ihrer höheren Führung nicht gehorchen und losziehen, um sich das Memelland an „ihr Ostpreußen“ zurückzuholen. Es gibt keinen bequemeren Schauplatz für eine Wiederholung des Theaters von Żeligowski.<sup>5</sup>

Das Bewusstsein für diese Gefahr war seit den ersten Tagen der Wiedergewinnung der litauischen Unabhängigkeit einer der Gründe, um über den Beitritt Litauens zur NATO nachzudenken und war Motivation, Mitglied zu werden.

Übersetzt von Dr. Christina Nikolajew

Autorisierter Nachdruck aus „Nepriklausomybės sąsiuviniai“ Nr. 19, 2017. H. 1. S. 27-40.

---

<sup>5</sup> Lucjan Żeligowski, polnischer General, überfiel 1920 auf diese Weise Vilnius.